

Jedem seine Sprache

Autor(en): **Lüscher, Christian / Scheu, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **90 (2010)**

Heft 979

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-168536>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Welche Landessprache sprechen Sie? Diese Frage kann darüber entscheiden, ob man Bundesrat wird oder nicht. Ein Treffen mit dem Ex-Bundesratskandidaten Christian Lüscher im Zentrum der Macht.

1 Jedem seine Sprache

René Scheu im Gespräch mit Christian Lüscher

Herr Lüscher, wir sitzen hier im Bundeshaus, dem politischen Zentrum der mehrsprachigen Schweiz. In welcher Sprache wollen wir uns unterhalten?
Je suis flexible.

Ich stelle meine Fragen auf Deutsch, Sie antworten auf Französisch?

Très bien. Das ist ein sehr guter Weg, um in der Schweiz miteinander zu kommunizieren. Ich verstehe Sie, und Sie verstehen mich.

Wir pflegen beide unsere Eigenheiten.

Genau. Natürlich zeugt es von Respekt, wenn man sich in der Sprache seines Gegenübers unterhält. Aber da die wenigsten perfekt *bilingue* sind, werden die Gespräche oft holprig. Man spricht mehr über die Eigentümlichkeiten der Sprache als über Inhalte. Die Ausdrucksfähigkeit wird dem Anstand geopfert. Das muss nicht sein.

In der Schule ist uns eigentlich beigebracht worden, dass man sich mit Romands auf Französisch unterhält. Das ist gute Erziehung! Ich gebe gerne zu, dass die Deutschschweizer in dieser Hinsicht vorbildlich sind und sehr schnell die Sprache wechseln. Dagegen ist auch nichts einzuwenden. Ich sage nur: wenn man ein vertiefendes Gespräch führen möchte, sollte sich jeder in seiner Sprache ausdrücken können. Sprache ist Heimat.

Wie kommunizieren die Parlamentarier im Bundeshaus untereinander?

[Auf Deutsch] In den Kommissionssitzungen sprechen die Romands Französisch. Es wird nicht erwartet, dass wir uns mit Deutsch abmühen. Und die Deutschschweizer verständigen sich auf Deutsch.

Sie haben gegen unseren Pakt verstossen. Sie sprechen nun plötzlich wieder Deutsch.

Wir praktizieren ein schönes Kauderwelsch! Nein, im Ernst, es ist von Vorteil, wenn jeder in der Schweiz gute passive Kenntnisse zumindest einer der anderen Landessprachen hat. Ich kann problemlos die NZZ lesen. Aber ich wäre unfähig, auf Deutsch wiederzugeben, was ich gelesen habe. Bleiben wir also dabei: Sie sprechen Deutsch, ich Französisch.

Wir können es auch ganz anders machen: alle sprechen Englisch in der Schweiz.

Das wäre eine sehr schlechte Idee.

Warum?

Der Geist der Schweiz zeigt sich in unterschiedlichen kulturellen Zugehörigkeiten, in verschiedenen Formen der Herkunft und in verschiedenen Sprachen. Denn was macht die Schweiz aus? Nicht eine Sprache, nicht eine Kultur, sondern der eine Wille, dass Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen eine Gemeinschaft bilden. Die Schweiz ist ganz einfach deshalb eine Nation, weil sie eine sein will. Die Bewegung entstand nicht von oben, sondern von unten. Die Sprachen sind ein wichtiger Teil unseres nationalen Erbes.

Und wenn jetzt alle Sprachregionen gemeinsam beschliessen, Englisch als gemeinsame Sprache einzuführen?

Englisch ist nicht unsere Sprache! Und das ist genau der Punkt. Denn wenn wir unsere Sprachen aufgeben, verlieren wir einen Teil unserer Identität.

Als es um die Regelung der Nachfolge von Bundesrat Pascal Couchepin ging, war die Sprachzugehörigkeit ein wichtiges Thema. Ausnahmsweise war sich die ganze politische Schweiz einig: der neue Bundesrat sollte wie sein Vorgänger französischsprachig sein.

Ich teile diese Ansicht. Es sollen mit Vorteil alle Sprachen in der Regierung vertreten sein. In Artikel 175 unserer Verfassung steht: Bei der Wahl des Bundesrats «ist derart Rücksicht zu nehmen, dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind». Letztlich geht es um den Schutz der Minderheiten. Die Regierung muss das gesamte Volk repräsentieren, sonst hat sie ein Legitimationsproblem.

Sie haben sich letzten Sommer ins Spiel um Couchepins Nachfolge gebracht. Als Romand profitierten Sie vom Bonus Ihrer Herkunft.

Ich stehe absolut hinter dem, was ich eben sagte – nicht aus Opportunismus, sondern aus Überzeugung.

Die Sprachenfrage kann aber auch groteske Züge annehmen. Ständerat Urs Schwaller bewarb sich ebenfalls um das freierwerbende Amt des Bundesrats und spielte die Sprachenkarte aus. Freiburg, seine Geburtsstadt, ist zweisprachig, und so stellte sich Herr Schwaller plötzlich als halben Romand dar, obwohl er der Deutschschweizer Minderheit in Freiburg angehört.

Das war politisches Sommertheater. Herr Schwaller ist ganz klar ein Deutschschweizer. Aber er wollte Bundesrat werden, was ja durchaus legitim ist – also hat er versucht, seine Herkunft aus einer zweisprachigen Stadt optimal einzusetzen. So funktioniert Politik.

Wir brauchen die besten Leute in der Regierung. Sprache sollte nicht höher gewichtet werden als Kompetenz.

Man muss verschiedene Qualitäten mitbringen. Man muss kompetent sein, die richtige Sprache sprechen und in der richtigen Partei sein.

Haben Sie sich nie als Quotenkandidat gefühlt, den man bloss deshalb aufstellt, weil er zufälligerweise aus der Romandie kommt?

Nein, nie. So funktioniert nun einmal unser politisches System. Im Bundesgericht greifen dieselben Mechanismen. Wenn ein Richter deutscher Sprache zurücktritt, wird er durch einen Deutschschweizer ersetzt. Wenn man in einem mehrsprachigen Land lebt, ist die proportionale Repräsentation wichtig.

Was, wenn man sich nicht mehr daran hielte?

Das wäre das Ende der Stabilität und der Konkordanz in der Schweiz. Und das wiederum wäre sehr schlecht.

In der Bundesverfassung ist zwar festgehalten, dass die vier Landessprachen zugleich die vier Amtssprachen sind. Doch kann jeder Kanton selbst festlegen, in welcher Sprache er mit seinen Bürgern kommuniziert.

Es ist klug, sich hier Flexibilität und Lokalautonomie zu bewahren. Sprachenfragen bergen viel politischen Zündstoff – wenn man sie auf der nationalen politischen Bühne behandelt, sind Konflikte programmiert. Wir haben eine gute Lösung in der Schweiz, indem wir auf kantonale und kommunale Eigenverantwortung setzen.

Die vierte Landessprache, Rätoromanisch, wird nur noch von einigen zehntausend Schweizern praktiziert. Bundesbern spricht hohe Subventionen zur Erhaltung der rätoromanischen Sprache und Kultur. Geht das nicht zu weit?

Das ist für mich absolut in Ordnung. Würde das Rätoromanische aussterben, wäre dies ein kultureller Verlust für die Schweiz. Auch hier geht es letztlich darum, eine Minderheit zu schützen. Der Minderheitenschutz ist ein zentraler Pfeiler des helvetischen Systems.

Eine Behörde kann den Zerfallsprozess einer Sprache nicht durch Zusprechen von Geldern aufhalten. Das mag schon sein. Dennoch gehört es zu ihren Aufgaben, den Rätoromanen dabei zu helfen, ihr Erbe zu bewahren. Wie wichtig das ist, habe ich als Gymnasiast begriffen. Ich habe Latein und Altgriechisch gelernt. Dies sind zwar tote Sprachen, aber sie sind eben auch die Wurzeln der Sprachen, die wir heute sprechen. So erweitern wir unseren Horizont. Nur wer weiss, woher er kommt, hat auch eine Ahnung davon, wohin er geht.

Das Problem sind nicht die Deutschschweizer, die *Schwiizerdüütsch* sprechen. Das Problem sind die Romands, die nicht genügend Deutsch verstehen.

Der grüne Genfer Nationalrat Antonio Hodgers kritisierte jüngst den systematischen Gebrauch des Schweizerdeutschen. Er schrieb in einem Beitrag für die «NZZ am Sonntag»: «Hält dieser Trend an, steuern wir auf ein ernsthaftes Problem mit der nationalen Kohäsion zu. Ein Blick nach Belgien genügt, um zu sehen, was es heisst, wenn sich zwei Sprachgemeinschaften nicht mehr verstehen.» Teilen Sie diese Einschätzung?

Hodgers liegt falsch. Seine Aussage war sehr egoistisch. Denn sein Problem ist, dass er nicht versteht, was die Leute in der Deutschschweiz über ihn sagen. Dies hat ihn gestört. Aber stört es auch die anderen Romands? Ich denke nicht. Schweizerdeutsch ist überhaupt kein Problem. Ich bin neu im Vorstand der IG Freiheit – als einziger Romand. Untereinander sprechen sie *Schwiizerdüütsch*, doch wenn ich dabei bin, sprechen alle Hochdeutsch. Das Problem sind nicht die Deutschschweizer, die *Schwiizerdüütsch* sprechen. Das Problem sind die Romands, die nicht genügend Deutsch verstehen.

Viel Lärm um nichts?

Sagen wir es so: Herr Hodgers mag es offensichtlich nicht, dass die Deutschschweizer besser Französisch sprechen als er Deutsch.

Die Provokation hat aber gewirkt. Über Wochen beherrschte die Sprachenfrage die Medien.

Der positive Punkt seiner Polemik war, dass diese Frage wieder einmal ausgiebig diskutiert wurde. Die Debatte hat gezeigt, dass wir alle an unserer Sprache hängen. Jeder muss sich anstrengen, die Sprache des anderen zu lernen. In der Schweiz bemühen sich die Deutschschweizer mehr als die Romands, die sich lieber abschotten und jammern.

Hodgers verweist auf Belgien. Die Flamen und Wallonen bekämpfen sich aufs heftigste. Der Sprachenkonflikt spitzt sich immer weiter zu. Warum kennen wir solche Konflikte in der Schweiz nicht?

Ich kenne die belgische Geschichte nicht gut genug. Aber die Flamen und die Wallonen haben

Hier muss die Bildungspolitik Gegensteuer geben. Eine zweite Landessprache muss in der Schule vor dem Englischen kommen!

sich sicher nicht freiwillig zu einer Nation zusammengeschlossen. Belgien ist keine Willensnation. In der Schweiz dagegen haben wir entschieden, ein gemeinsames Projekt durchzuziehen. Das ist ein grosser Unterschied.

Die Schweiz als Willensnation – was noch vor 10 Jahren eine empörungsträchtige Formulierung war, ist heute wieder salonfähig.

Moden kommen und gehen, aber die Schweiz ist und bleibt eine Willensnation, solange sie dies will. Das konnte man in den letzten Wochen sehen, wenn die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft spielte. Wir sind ein einzig Volk. Ich habe das Testspiel der Schweiz gegen Italien aus nächster Nähe im Stadion verfolgt. Da habe ich wieder einmal bemerkt, dass es keine wirklichen Unterschiede zwischen Romands, Tessinern und Deutschschweizern gibt.

In der Nati spielen viele Secondos mit ganz unterschiedlichen kulturellen Wurzeln.

Das ist durchaus schweizerisch. Deshalb ist es für Secondos auch leicht, sich zu integrieren – sofern

sie dies wirklich wollen. Das ist eines der Erfolgsgeheimnisse der Schweiz.

Die Schweiz ist in den vergangenen Jahrzehnten multikultureller und kosmopolitischer geworden. Es ist jedoch gerade diese kosmopolitische Schweiz, die eine Stärkung des Englischen fordert.

Am Englischen kommt niemand vorbei. Englisch ist die Weltsprache. Es ist wichtig, dass Englisch intensiv unterrichtet wird – aber als dritte Sprache, nach der Mutter- und der zweiten Landessprache.

Fakt ist: in der Romandie war das Interesse an der deutschen Sprache nie besonders gross. In der Deutschschweiz schwindet die Motivation, Französisch zu lernen.

Hier muss die Bildungspolitik Gegensteuer geben. Eine zweite Landessprache muss in der Schule vor dem Englischen kommen! Ganz abgesehen davon, dass heute ohnehin jeder mit dem Englischen in Berührung kommt – wir sollten uns der Mechanismen bewusst sein, die unser Land zusammenhalten. Wir müssen einander kennen. Vielleicht sollte man die jungen Leute zwischen 10 und 15 Jahren wieder vermehrt animieren, einen sechsmonatigen Sprachaufenthalt in einem anderen Landesteil zu absolvieren.

Zu viel Verständnis kann auch zu viel Einmischung und Bevormundung bedeuten. Der Politikwissenschaftler Dieter Freiburghaus vertritt die These, dass das Schweizer Modell so gut funktioniert, weil es auf dem Prinzip der wohlwollenden Nichtbeachtung beruhe.

Da ist schon was dran. Das ist sozusagen gelebter helvetischer Föderalismus. Die Schweizer sind ein bodenständiges, pragmatisches Volk. Uns verbindet die Lust, zusammen Lösungen zu entwickeln. Wir alle erteilen einer Politik eine Absage, die Probleme schaffen oder sie instrumentalisieren will, so wie dies in anderen Ländern geschieht.

Mit welchem Verständnis der Schweiz sind Sie in Genf aufgewachsen?

Genf als Kanton verfügt über eine Grenze von 110 Kilometern. Vier Kilometer teilt es mit der Schweiz, 106 mit Frankreich. Viele Genfer orientieren sich deshalb weniger an der Schweiz als an Frankreich. Aber die Genfer Politiker haben mittlerweile begriffen, dass die Schweiz existiert und dass viele wichtige Entscheide in Bern getroffen werden. Der Genfer Regierungsrat ist vor kurzem zum erstenmal in offizieller Mission nach Bern gereist.

Wie hat sich Ihr persönliches Verständnis der Schweiz als Folge Ihres Engagements als Nationalrat verändert?

Ich war lange Zeit ein typischer Genfer – ausgerichtet auf die Genfer Realität. Mit meiner neuen politischen Tätigkeit in Bern ist mein Interesse an der ganzen Schweiz gleichsam explodiert. Erst im Parlament habe ich begriffen, welchen Einfluss die Bundespolitik auf mein Leben hat.

Sind Sie zu einem Anhänger des Zentralismus geworden? Das wäre wiederum sehr französisch...

...nein, nein. Ich bin ein klarer Verfechter des Föderalismus. Aber es ist klar, dass in den letzten Jahren die Kompetenzen des Bundesstaates zugenommen haben. Dies ist ein gewollter Vorgang. Mit der neuen Verfassung von 1999 hat das Volk zum Beispiel dem Bund in Sachen Sicherheit, Gesundheit, Steuern und anderen wichtigen Bereichen mehr Kompetenzen gegeben. Wenn der Bund heute mehr Macht hat, dann ist dies das Resultat einer Entwicklung, die von unten kommt. Das müssen wir respektieren. In den klassischen Nationalstaaten Europas kam immer alles von oben. Dort braucht es mehr Dezentralisierung. Bei uns entscheidet das Volk, welche Kompetenzen dem Bund gegeben werden.

Die Kantone beanstanden, dass sie immer mehr Macht verlieren.

Das ist richtig. Die Kantone haben weniger Macht als vor 30 oder 40 Jahren. Sollte der Bund aus Sicht des Volkes eines Tages zu viel Macht auf sich vereinen, wird das Volk opponieren. Das ist das helvetische System von *checks and balances*.

Wir haben eine paradoxe Situation in der Schweiz. Der Zusammenhalt ist gut – eigentlich eine gute Ausgangslage. Doch je mehr Druck von aussen kommt – von den USA, von der EU –, desto mehr bröckelt der Zusammenhalt.

Klar, die Welt ist in Zeiten einer Wirtschaftskrise rauher geworden. Ich glaube allerdings nicht, dass die Kohäsion unter den ausländischen Druckversuchen leidet. Europa ist viel zerrissener als wir. Wir haben einfach unsere internen Debatten. Wenn wir diese Debatten beendet haben, präsentieren wir dem Ausland eine klare Position. Und das ist gut so.

Wir brauchen sehr lange, oft zu lange, bis wir eine solche Position formuliert haben.

Unsere politischen Mühlen mahlen langsam.

Aber oft ist es besser, nicht sofort eine Entscheidung zu treffen, sondern ein wenig zuzuwarten.

Sie beschönigen die Situation, die wir faktisch haben: ein grosses Durcheinander, eine ideologische Orientierungslosigkeit.

Finden Sie? Ich würde eher sagen, dass wir Diskussionen führen, so wie wir das immer getan haben. Nach dem 2. Weltkrieg wollten die Alliierten bei uns Geld holen und das Bankgeheimnis vollständig abschaffen. Die Sozialisten waren damit einverstanden. Die Bürgerlichen kämpften dagegen. Solche Debatten existieren schon lange. Aber natürlich hat sich die Welt seither verändert. Vor 50 Jahren kamen die Angriffe auf die Schweiz von einzelnen Staaten, heute bilden ziemlich viele Staaten eine Front gegen uns. Das macht es zwar schwieriger, sich zu wehren. Aber die internen Debatten sind ein gutes Ventil, um dem Druck von aussen zu begegnen. Im Ausland wird wahrgenommen, dass diese Fragen bei uns intern diskutiert werden, dass wir beispielsweise nicht einstimmig für das Bankgeheimnis sind. Die anderen Staaten anerkennen unsere Mechanismen der Selbstverständigung.

Es scheint fast, als könnte Sie nichts in Ihrem Grundvertrauen in die Schweizer Institutionen erschüttern.

Im Ausland sieht man, dass bei uns öffentliche Debatten über wichtige Fragen stattfinden. Darum werden unsere Entscheide im Ausland respektiert.

Die Schweiz kommuniziert das zu wenig. Andere Staaten wissen zu wenig über unser politisches System.

Ich habe in den USA gelebt, und ich kann Ihnen sagen: die USA wissen ganz genau, wie wir funktionieren. Unser Respekt im Ausland ist viel grösser, als viele hier glauben. Wir sind Spezialisten der Selbstkritik. Aber das ist auch unsere Stärke – wir lernen aus unseren Fehlern. So nehmen wir ausländischen Kritikern den Wind aus den Segeln. Das ist eine hervorragende Strategie.

Meinen Sie das im Ernst?

Man muss Optimist sein. Wenn wir optimistisch sind und an uns selber glauben, vermögen wir auch unsere Partner und Gegner zu überzeugen.

(Mitarbeit: Florian Rittmeyer)

CHRISTIAN LÜSCHER, geboren 1963 in Genf, ist Rechtsanwalt und seit 2007 Nationalrat für die FDP. Er war 2009 offizieller Kandidat bei der Ersatzwahl für Bundesrat Pascal Couchepin, zog seine Kandidatur aber im dritten Wahlgang zugunsten des Welschschweizer Ständerats Didier Burkhalter (FDP) zurück, der dann gewählt wurde.